

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands

Nr. 27.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratannahme nur gegen Vorausbezahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Cöln.

Cöln, den 7. Juli 1911.

Insertionspreis für die viersp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengeuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14. Telefonruf B. 1546. — Redaktionschluss ist Dienstag Mittag.

12. Jahrg.

Aus der Bürstenindustrie.

Wie im allgemeinen, so ist auch in der Bürstenindustrie eine wesentliche Besserung der Geschäftslage eingetreten. Die wirtschaftliche Depression, welche beim Arbeiterstande besonders schädliche Spuren hinterließ, hat einem flotten Geschäftsgange Platz gemacht. Volle Ausnutzung der Arbeitskraft und der Produktionsmittel, ja Klagen wegen Mangel an Arbeitskräften sind jetzt das Charakteristikum, wogegen früher Beschränkung der Arbeitszeit, Verdienstaustfall an der Tagesordnung waren. Da sollte man annehmen, daß nun auch die Arbeiter aus dieser veränderten Situation die Konsequenzen ziehen würden. Allenthalben schließen sich tausende deutscher Arbeiter den christlichen Gewerkschaften an, um gestützt auf die Organisation ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, um auch an den gesteigerten Erträgen der Produktion sich ihren Anteil zu sichern. Wenn allein im vorigen Jahre das Heer der in den christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter sich um rund 36 000 Streiter vermehrt hat, wenn in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres bereits mit einem Zuwachs von zirka 30 000 Mitglieder gerechnet werden kann, so ist das ein Beweis dafür, daß ein frischer Geist durch die deutsche Arbeiterschaft geht. Und die großen Erfolge bei Lohnbewegungen zeigen, daß das Bestreben der Arbeiter mit Hilfe ihrer Organisation bessere Verhältnisse zu schaffen, nicht vergebens war.

Diese Tatsachen sollen aber auch den Arbeiterkategorien, die da glauben mit verchränkten Armen zusehen zu müssen, wie ihre Ständesinteressen mit Füßen getreten werden, endlich aufrütteln und sie zu energischem, tatkräftigen Handeln veranlassen. Und zu diesen Arbeitern kann auch der weitaus größte Teil der in der Bürstenindustrie beschäftigten Arbeiter gerechnet werden. Sinnlos weil der Organisationsgedanke von demselben noch sehr wenig erfaßt wurde und das andere Mal, weil infolge der schlechten Organisationsverhältnisse die Lohn- und Arbeitsverhältnisse außerordentlich viel zu wünschen übrig lassen. Von den 18 506 männlichen und 8477 weiblichen, also insgesamt 26 983 Arbeitern, welche bei der Berufs- und Betriebszählung im Jahre 1907 in 6097 Betrieben gezählt wurden, dürfen heute wohl kaum 4000 organisiert sein. Kann man sich da wundern, wenn die denkbar ungünstigsten Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Bürstenindustrie anzutreffen sind. Tausende von Arbeitern dieser Branche können zu den „landwirtschaftlichen Industriearbeitern“ gezählt werden, die neben ihrer Beschäftigung noch Landwirtschaft betreiben und durch Bebauung eines kleinen Stückchens die Mängel ihres Arbeitsvertrages auszumergen suchen. Klugrechnende Unternehmer haben auch hier verstanden, ihre Betriebe, ihre Filialen dorthin zu verlegen, wo es billige Arbeitskräfte gibt, in abgelegene, wasserreiche Gegenden des Landes. Mit Hilfe der Wasserkräfte und der „ansässigen“ Leute ist dann eine ertragreiche Produktion möglich. Daß manche Werke noch ihren Besitz „nähren“, darüber gibt das „Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften“ Aufschluß. Danach wurden bis zum Jahre 1907 von einzelnen Gesellschaften bis zu 10, 12 1/2 % Dividende jährlich verteilt. Also ein Verdienst für die Herren Aktionäre, das in schreiendem Mißverhältnis steht zu den Löhnen, welche den Arbeitern werden für ihre mühselige Arbeit.

Über die Lohnverhältnisse in der Bürsten- und Pinselindustrie gibt eine Statistik Aufschluß, welche im Jahre 1908 in 17 Bürstenfabriken von der badischen Fabrikinspektion erhoben wurde. Danach betrug der durchschnittliche Wochenverdienst sämtlicher Arbeiter 14,81 Mk. Männliche Arbeiter erzielten einen wöchentlichen Durchschnittsverdienst von 18,05 Mk., während derselbe für die weiblichen Arbeiter, die in der Bürsten- und Pinselindustrie in großer Zahl beschäftigt werden, nur 9,36 Mk. beträgt. Der durchschnittliche Wochenverdienst sämtlicher erwachsener Arbeiter beträgt 15,74 Mk. Erwachsene männliche Arbeiter, unter denen sich jedenfalls auch eine große Anzahl verheirateter befinden, verdienen durchschnittlich wöchentlich 18,88 Mk. Erwachsene weibliche dagegen nur 9,81 Mk. Greifen wir noch einzelne Sparten der Bürstenindustrie heraus, so ergibt sich der durchschnittliche Wochenverdienst von 22,05 Mk. für Säger; 18,05 Mk. für Bohrer, 18,09 Mk. für Sortierer, 18,78 Mk. für Mischer, 14,64 Mk. für männliche und 8,96 Mk. für weibliche Einzieher; 13,65 Mk. für männliche und 10,99 Mk. für weibliche Stanger, 16,94 Mk. für Becher; Pinselmacher haben einen durchschnittlichen Wochenverdienst von 18,92 Mk.

Es ist schade, daß nicht neben den Lohnverhältnissen auch Erhebungen über die Arbeitszeit gemacht wurden. Jedenfalls würde sich auch hier gezeigt haben, daß gegenüber sehr vielen andern Berufsgruppen die Bürstenindustrie noch sehr weit zurück ist. Beträgt doch die Arbeitszeit vielfach noch 11 Stunden und darüber. Dazu kommen noch mancherlei anderweitige Mißverhältnisse, die der Beruf mit sich bringt. Sie erinnern da an gesundheitschädliche Einflüsse, insbe-

sondere an die Milzbrandgefahr. Die Tatsache, daß die Gewerbeaufsicht gerade der Bürstenindustrie besondere Aufmerksamkeit schenkt, läßt darauf schließen, daß hier nicht alles Gold ist, was glänzt. Burden doch z. B. in Württemberg in letzter Zeit jährlich a l l e Betriebe einer Revision unterzogen.

Damit haben wir in etwa wenigstens die Verhältnisse in der Bürsten- und Pinselindustrie geschildert. Gewiß ließen sich noch sehr viele Einzelheiten anführen, aber dies möge genügen, um zu erkennen, wie notwendig uns hier die Organisation ist. Daß solche Verhältnisse nicht gebessert werden können, wenn die Arbeiter selbst den Dingen teilnahmslos gegenüberstehen, ist ohne weiteres klar. Daß auch hier die organisierte Selbsthilfe der Arbeiter energisch einsetzen muß, liegt auf der Hand. Wie in andern Berufen durch dauernde, zähe Gewerkschaftsarbeit einigermaßen erträgliche Verhältnisse geschaffen worden sind, so wird es auch hier gehen müssen. Die Arbeiter müssen daher aus ihrem Schlafe aufwachen, sich zusammenschließen und mit vereinten Kräften an der Verbesserung ihrer Lage arbeiten. Nicht klagen und jammern, nicht schimpfen und rumoren, sondern zielbewusste, tatkräftige, gewerkschaftliche Reformarbeit wird unser Loos erträglicher gestalten. Egoismus und Menschenfurcht müssen beiseite gelegt werden, wenn durch die Arbeiter erfolgreiche Ständesarbeit geleistet werden soll. Wohl sind es manche Arbeitgeber die aus wohlberedelten Gründen die Ausbreitung der Organisation mit allen möglichen Mitteln zu verhindern suchen. Wenn aber gerade die Arbeitgeber von dem Rechte der Koalition den ausgiebigsten Gebrauch machen, mit welchem Recht will man es dem Arbeiter verwehren, sich ebenfalls zur Wahrung seiner Interessen mit seinen Kollegen zusammenschließen. Hatten wir doch in Deutschland zu Anfang dieses Jahres 2928 Arbeitgeberverbände mit 127 424 Mitglieder und 4 027 440 beschäftigten Arbeitern. Wenn also die Arbeitgeber sich zusammenschließen, dann ist dies für die Arbeiter umso notwendiger. Möge man dies allenthalben und besonders bei den Arbeitern der Bürstenindustrie einsehen und daraus die nötigen Konsequenzen ziehen. Stehen die Kollegen einmütig zusammen, so werden auch die Widerstände überwunden werden können, die uns von den Arbeitgebern und andern Leuten bereitet werden. Wollen daher auch die Bürstenmacher ihre wirtschaftlichen Verhältnisse verbessern, wollen sie sich Einfluß verschaffen auf die Gestaltung des Arbeitsvertrages, wollen sie die soziale Hebung ihres Standes, dann kann es nur heißen: Hinein in den Zentralverband christlicher Holzarbeiter!

Die Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Jahre 1910.

Der im Zentralblatt veröffentlichte Jahresbericht befaßt sich auch in eingehender Weise mit den im vorigen Jahre geführten Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen und mit den dabei erzielten Erfolgen. Als größter Kampf im Jahre 1910 kommt der im Baugewerbe in Betracht. An ihm waren 200 000 Bauarbeiter beteiligt. Ueber 9 Wochen lang zog sich dieser Kampf hin. Bei Aufhebung desselben mußten den Arbeitern in fast allen Differenzpunkten Konzessionen gemacht werden. Die seitherige Grundlage des Vertragsmusters, die die Unternehmer zuungunsten der Arbeiter umgestaltet wissen wollten, wurde aufrecht erhalten; die Forderung einseitiger Unternehmerarbeitsnachweise wurde zurückgewiesen; der ehemalige Beschluß der Generalversammlung des Unternehmerverbandes, nirgends mehr eine Verkürzung der Arbeitszeit unter 10 Stunden zuzulassen, wurde aufgehoben, und schließlich mußten den Arbeitern noch Lohn-erhöhungen von vier bis acht Pfg. pro Stunde während der dreijährigen Vertragszeit zugestanden werden, was für die betroffenen Arbeiter während der Vertragsdauer eine Lohn-erhöhung von 60—80 Millionen Mark bedeutet.

Dem Kampf im Baugewerbe folgte dann jener auf den deutschen Seeschiffswerften. Hier wurde, als zwischen den freitenden Parteien eine Einigung nicht zustande kam, die Aussperrung von 400 000 Metallarbeitern angedroht. Die Drohung wurde indes nicht ausgeführt. Der mächtigste deutsche Unternehmerverband: der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller, der seither jedwede Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen ablehnte, hat bei diesem Kampf erstmals, entgegen seinen früheren Gepflogenheiten, sich auf Verhandlungen mit den Gewerkschaften eingelassen und die Schiffsbauindustriellen zu Zugeständnissen bewegt. Diese Tatsache bedeutet für die Gewerkschaftsbewegung eine bedeutungsvolle prinzipielle Errungenschaft in der Großindustrie. Durch sie hat die Idee von der alles niederzwingenden Sieghaftigkeit großer Massenausperrungen eine gewaltige Erschütterung erlitten.

In der Textilindustrie insbesondere benutzten die Arbeiter die vielfach, wenn auch in verschiedenem Grade, bemerkbare Belebung der Geschäftslage mit Erfolg zur Ausmerzungen der ihnen in den Krisenjahren aufgezwungenen Verschlechterungen. Im Gronauer Bezirk zog der Zustand von 100 Spinnern am Anfang des Jahres die allgemeine Aussperrung von 6—7000 Textilarbeitern nach sich. Die Bewegung nahm einen für die Arbeiter verhältnismäßig günstigen Ausgang. Im Bamberger Gebiet gewann der Verband, ebenso wie der sozialdemokratische, eine Anzahl früherer „Selben“, die es ablehnten, die ihnen zugeordnete jämmerliche Rolle weiter zu spielen.

Den Löwenanteil von den Bewegungen beanspruchte die Tarifbewegung in den handwerksmäßigen Berufen, wobei das Baugewerbe, was die Zahl der Beteiligten angeht, wiederum an erster Stelle steht. Die Beteiligung der einzelnen Verbände ist aus nachstehender Tabelle ersichtlich:

Organisation	Bewegungen		Streiks und Aussperrungen		Tarifverträge abgeschlossen	Der Verb. an Beteiligten
	Anzahl	Beteiligte	Anzahl	Beteiligte		
Textilarbeiter	139	6739	35	1454	23	207
Bauarbeiter	59	33271	30	14613	221	245
Metallarbeiter	210	9951	62	1303	13	24
Staats- und Gemeinbearb.	87	6525	33	536	25	58
Holzarbeiter	184	5485	78	815	72	140
Zuckerarbeiter	66	1814	5	290	—	18
Keramarbeiter	35	2675	8	465	3	24
Leberarbeiter	64	2474	17	402	6	35
Schneider	26	750	7	175	26	94
Maler	62	2821	8	117	55	53
Graphischer Zentralverb.	15	549	5	32	9	34
Kellner	3	35	1	9	—	—
Gärtner	1	23	1	23	—	—
	951	73112	290	16156	453	957

Von den 951 Bewegungen wurden 254 Bewegungen von den christlichen Verbänden allein, 697 mit andern Organisationen gemeinsam geführt. Die Mehrzahl der beteiligten Arbeiter war in 330 Fällen christlich organisiert. Der häufig den christlichen Gewerkschaften gemachte Vorwurf, daß sie nur notgedrungen und aus Konkurrenzrücksichten in Lohnbewegungen einträten, wird damit am besten widerlegt.

Bei den Ursachen der Streiks und Aussperrungen handelt es sich in 117 Fällen um Lohnforderungen, in 3 Fällen um Arbeitszeitförmungen, in 89 Fällen um Lohnforderungen und Arbeitszeitförmungen, in 54 Fällen um Abwehr von Verschlechterungen und in 27 Fällen um sonstige Ursachen. Bemerkenswert ist, daß die Textilarbeiter bei 23 Öffensivbewegungen nur in zwei Fällen eine Verkürzung der Arbeitszeit forderten, während in dem tariflich fortgeschrittenen Baugewerbe in 14 von 23 Forderungen und bei den Holzarbeitern in 35 von 57 Forderungen eine Verkürzung der Arbeitszeit angestrebt wurde.

Die materiellen Erfolge der gewerkschaftlichen Tätigkeit kommen sehr deutlich in den Fortschritten auf dem Gebiete des Tarifvertragswesens zum Ausdruck. Wie aus der obigen Tabelle hervorgeht, wurden im vergangenem Jahre von christlichen Berufsverbänden insgesamt 453 Tarifverträge abgeschlossen, gegenüber 188 im Jahre vorher. Die Zahl der Tarife, an denen die christlichen Gewerkschaften am Jahreschluss überhaupt beteiligt waren, stieg von 785 auf 937. Eine Anzahl dieser Verträge, so im Maler- und Baugewerbe, sind Bestandteile der jeweiligen Reichstariife. Soweit sich die materiellen Erfolge der vorhin geschilderten Arbeit ziffernmäßig erfassen lassen, kommen sie in nachstehender Zusammenstellung zum Ausdruck.

Berufe	Lohnerhöhung		Arbeitszeitverkürz.	
	für Mgl.	pro Woche	für Mgl.	pro Woche
Textilarbeiter	4025	1,00—4,00	608	1—5
Bauarbeiter	33239	0,25—1,25	464	3—6
Metallarbeiter	4417	0,30—9,70	788	1/2—14
Staats- und Gemeinbearb.	5826	1,20—3,00	1666	1 1/2—6
Holzarbeiter	5255	0,60—5,40	2139	1—6
Zuckerarbeiter	1106	0,25—3,60	—	—
Keramarbeiter	2543	0,90—5,00	270	3—9
Leberarbeiter	1050	1,00—3,00	1409	2—6
Schneider	737	1,60—2,00	—	—
Maler	2816	1,08—2,70	1255	1/2—6
Graphisches Gewerbe	549	1,70—2,00	131	3

In diesen Zahlen sind, wie schon oben angedeutet, nicht alle Erfolge enthalten. Abwehr von angekündigten Verschlechterungen, Verbesserungen der gesundheitlichen Zustände, prinzipielle Erfolge auf dem Gebiete der Arbeiterrechte etc. können statistisch nicht erfaßt werden. Und hier haben die christlichen Gewerkschaften nicht minder rühmlich und erfolgreich gearbeitet.

Alles in Allem zeigen die vorstehenden Auszüge aus dem Geschäftsbericht wiederum, welche erfolgreiche Tätigkeit die

christlichen Gewerkschaften im Jahre 1910 zum Besten ihrer Mitglieder entfaltet haben. Unsere Aufgabe muß es sein, allen Schwierigkeiten zum Trotz, die christliche Gewerkschaftsbewegung weiter zu stärken. Dann wird sie in steigendem Maße die Interessen der christlich gesinnten Arbeiter nach allen Seiten hin wirksam vertreten können.

Der Arbeitgeberschutzverband und die Tarifverhandlungen im Holzgewerbe.

Der Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe hielt Ende Juni in Dresden seine 9. Generalversammlung ab. Einen Hauptpunkt der Tagesordnung bildeten die Tarifverhandlungen im Holzgewerbe. Dabei gab es an den bisherigen Verhandlungen sowohl wie auch an den Zugeständnissen recht viel anzufehen.

Herr Brasch-Bremen, der über die stattgehabten Verhandlungen im Frühjahr referierte, rechnet nach dem Bericht der „Fachzeitung“ aus, daß ein Pfennig Lohnerhöhung pro Stunde für die Arbeitgeber eine wöchentliche Mehrausgabe von 6480 Mk., für das erste Jahr eine solche von 336 960 Mk. und für die Vertragsdauer von 4 Jahren eine solche von 1 347 840 Mk. bedeute. Von dem Vorsitzenden des Schutzverbandes Herrn Kahardt wurde die Berechnung auf die Gesamtsumme der Bewilligungen ausgedehnt. „Die große Belastung“, so führte Herr Kahardt aus, „die uns zugemutet wurde, stellt sich in folgendem Gremple dar: Es handelte sich um 19 Städte mit 12 000 Arbeitern; das ergibt bei 1 Pfg. Lohnhöhung schon die Summe von 334 000 Mk., bei 9 stündiger Arbeitszeit und 300 Arbeitstagen pro Arbeiter 27 Mk. Bei 6 Pfg. Lohnhöhung und 1 Pfg. Ausgleich für die Arbeitszeit, verteilt auf 2 Pfg. im 1. Jahre, 2 Pfg. im 2., 1 Pfg. im 3., 1 Pfg. im 4. Jahre, dazu der Pfennig als Ausgleich kommen wir auf folgende Subildigungen: im 1. Jahre 688 000 Mk., im 2. Jahre 1 276 000 Mk., im 3. Jahre 1 600 000 Mk., im 4. Jahre 4 233 500 Mk., am Ende des 4jährigen Vertrages 5 752 000 Mk.“ Diese Zugeständnisse sind selbstredend den Arbeitgebern zu hoch, weil das Geld „von der Kundschaft nicht wieder hereinzubekommen“ wäre.

Auch über die Art und Weise der bisherigen Verhandlungen herrschte auf der Generalversammlung große Unzufriedenheit.

„In der bisherigen Weise können die Verhandlungen nicht geführt werden. Die Erfahrung hat gelehrt, daß in Zukunft zentrale Verhandlungen nur über Arbeitszeit und Ablauftermin geführt werden, daß dagegen über Lohn- und weitere Fragen an den einzelnen Orten verhandelt wird.“

In diesen zwei Sätzen hat Herr Brasch kurz angedeutet, wie sich der Schutzverband in Zukunft die Art der Verhandlungen denkt. Herr Plathen-Berlin hat dann noch in längeren Ausführungen diese Stellungnahme begründet:

„Die Verhandlungen, die diesmal zentral geführt wurden, haben Schiffbruch gelitten. Die Kritik lautet dahin, daß es unmöglich sei, zentrale Verhandlungen an einem Orte abzuhalten. Die Kollegen erklären es für unmöglich, daß alle Beiträge an einem Orte abgeschlossen werden, während unsere Nachbarreise, mit denen wir die gleichen wirtschaftlichen Verhältnisse haben, nicht zugegen sind und deshalb niemand bei den Verhandlungen in der Lage ist, die Richtigkeit von Behauptungen, daß nicht in der Höhe mehr bezahlt werde, zu kontrollieren. Die Erfahrungen aus den letzten Verhandlungen sind daher in der Richtung zusammenzufassen, daß das Schwergewicht der Verhandlungen in den betreffenden Bezirk oder den Landesteil zurückverlegt werde. Ein Beispiel möge das erläutern: Zur Verhandlung stand Elberfeld; es geht nicht an, daß über dessen Verhältnisse verhandelt wird, während Barmen, mit dem es eng verknüpft, nicht zugegen ist. Bei den zentralen Verhandlungen ist es unmöglich, die an den Verhandlungen nicht beteiligten Bezirke, die ganz in der Höhe der beteiligten liegen, heranzuziehen. Dazu kommt der ganze Ernst dieser zentralen Verhandlungen: die Arbeiter-Vertreter ziehen die Verhandlungen möglichst in die Länge, um die Arbeitgeber zu zwingen und sie zu Bewilligungen zu drängen, die gemacht werden, damit die Sache nur zu Ende kommt. So war es auch das letztmal. Aus allen Bezirksverbänden wurde mitgeteilt, die Verhandlungen seien am Orte nicht weiterzuführen, da die Arbeiter die Parole ausgegeben hätten, zu Hause in keiner Weise entgegenzunehmen, sondern die Verhandlungen nach Berlin zu bringen. Die Arbeiter-Vertreter können dort wochenlang bei den Verhandlungen sitzen. Dazu sind die Vertreter der Arbeitgeber nicht in der Lage, da sie ihr Geschäft haben, das sie nicht vernachlässigen können. Mit Recht sagen daher die Kollegen: Zentrale Verhandlungen machen wir nicht mehr mit! Um aus diesen Schwierigkeiten herauszukommen, wird es nur eine Möglichkeit geben, nämlich die Tarifverhandlungen in die Bezirksverbände zu verlegen, die die neuen Stellen zum Vorhande gehalten werden sollen. Wenn es mit den Bewilligungen so, wie bisher weitergeht, dann müssen die Arbeitgeber zugrunde gehen, und damit wird eine schwere Schädigung unserer ganzen christlichen Lebens eintreten. (Sehr richtig!) Unsere Parole muß daher sein: Keine zentralen Verhandlungen mehr, sondern Verhandlungen in den Bezirken und den Verbänden derselben, wobei die nähere Art und Weise Sache des neuen Vorstandes und der Bezirksverbände sein würde. (Zusammenfassung.) Damit hoffen wir auch einen engeren Zusammenhalt zu gewinnen, der eine größere Anhänglichkeit auf die weitere Organisation nach christlichen Kollegienstrife ausübt und derselben eine größere Erstreckung verleiht.“

Ein anderer Redner, Herr Jeride-Deffen, ist der Ansicht, daß es mit der Dezentralisation der Verhandlungen allein nicht abgehen sein dürfte. Er will mehr freie, unabhängige Kräfte im Verbande haben, die in der Lage sind, das Ende der Verhandlungen ruhig abzuwarten zu können.

„Es ist auch zu bedenken, daß der Vorstand andere Wege sucht, um zu neuen und vorzugsmässigen, in welcher Beziehung der Begier Partei ist wie wir. Der Begier hat niemals etwas im Kampfe zu verlieren, sondern kann in solchen immer nur gewinnen. Wir haben wir den Kampfe, jede andere Schwäche kann ausgeglichen werden. So ist von einem der Herren Redner dargestellt worden, wie die Tätigkeit der mit den Verhandlungen uninteressierten Beamten dadurch eingeschränkt wird, daß zu Ende der Verhandlung auf den letzten Mann wartet, der in Berlin ist, um bei den Verhandlungen gegenwärtig ist. Die uns diesen ...

kommen dadurch, daß wir mehr Männer heranziehen, die vom Beruf unabhängig und instande sind, die Verhandlungen, wenn es nicht anders geht, bis ins Unendliche fortzuführen. Wir haben gehört, welche Summen wir bewilligen mußten. Gewiß war davon nach Lage der Dinge manches zu bewilligen, aber lange nicht soviel, wenn wir unsere Schwäche zur rechten Zeit erkannt hätten. Die wichtigste Frage für uns ist die, ob die Verhandlungen zentral geleitet oder dezentralisiert werden sollen und ob es eine Verbesserung bedeutet, wenn wir sie in die einzelnen Bezirke verlegen. Aber auch dann wird es sich immer darum handeln, daß Personen vorhanden, die bereit und instande sind, weiter bei den Verhandlungen zu sitzen, sonst werden die Verhandlungen immer mangelhaft verlaufen, da die Vertreter der Gegenpartei dabei völlig unbeschränkt sind, sie haben ihre Dämonen und zu Hause nichts zu versäumen. Es müssen aber auch auf unserer Seite Persönlichkeiten da sein, die dauernd zugegen sind und Vollmacht haben, die Verhandlungen weiterzuführen, ohne unter der Beschränkung geschäftlicher Schädigungen zu leiden.“

Die Stimmung im Lager des Arbeitgeberschutzverbandes geht also dahin, Mittel und Wege ausfindig zu machen, um sich in Zukunft bei Tarifverhandlungen besser zur Wehr setzen zu können. Wenn das nun auch mit der „Stimmung“ allein nicht zu machen sein wird, so tun wir doch gut, uns auf die Möglichkeit eines verschärften Widerstandes bei zukünftigen Tarifverhandlungen einzurichten. Kann der Verband immer gerüstet an solche Verhandlungen herantreten und lassen wir uns dabei nicht zu Unbesonnenheiten hinreißen, dann werden auch fernerhin die Interessen der Kollegen den nötigen Schutz finden.

Die neue Reichsversicherungsordnung.

VI.

Die Hinterbliebenenversicherung.

Diese Versicherungsart wird ganz neu eingeführt. Sie ist ohne Beispiel in der bisherigen Sozialversicherung aller Länder der Welt. Bei der deutschen Unfallversicherung besteht ja schon eine gewisse Versicherung der Witwen und Waisen, deren versicherter Ernährer durch einen Unfall zu Tode kommt. Nun wird die Hinterbliebenen-Versicherung aller bei der Invalidenversicherung Versicherten durchgeführt und mit der Invalidenversicherung verbunden. Durch die Reichsversicherungsordnung wird also neu eingeführt:

1. Eine Witwenrente an die erwerbsunfähigen Witwen, für deren Ehemann bei dessen Tod die Wartezeit für die Invalidenrente erfüllt war.
2. Waisenrente an hinterlassene eheliche Kinder bis zu deren 15. Lebensjahr unter den gleichen Voraussetzungen.
3. Ein Witwengeld an die Witwe, die im Zeitpunkt der Fälligkeit der Witwenrente selbst versichert gewesen ist und durch eigene Beitragsleistung die Wartezeit für die Invalidenrente erfüllt und die Anwartschaft aufrechterhalten hat.
4. Eine Waisenaussteuer an die Kinder der Witwe, die zur Zeit der Vollendung des 15. Lebensjahres der Kinder durch eigene Beitragsleistung die Wartezeit für die Invalidenrente erfüllt hat.

Die Witwenversicherung ist nicht so ausgefallen, wie manche sie erwartet haben. Nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung, die vom Reichstag in Fassung der Regierungsvorlage angenommen wurden, erhalten nicht etwa alle Witwen verstorbenen Versicherten eine Rente, sondern nur die Witwen, die selbst davorhin Invalide sind, nach dem Tode ihres versicherten Mannes. Die Ursache dieser nicht ganz befriedigenden Lösung der Witwenversorgung ist nicht etwa böser Wille des Gesetzgebers, sondern wiederum der Kostenpunkt. Der Staatssekretär des Innern legte in der Kommission und im Plenum des Reichstags dar, daß die Kostenfrage einer sehr eingehenden Prüfung unterzogen worden sei, und die Regierungen einer über die Vorlage hinausgehenden Belastung entgegenzutreten müßten, daß in Rücksicht auf das Reich und unsere Produktion deren Leistungsfähigkeit erhalten werden müsse. Durch die Vorlage werde das Reich um 28 Millionen, die Gesamtheit um 136 Millionen neu belastet. Kein Land der Welt habe eine solche, bis in die Einzelheiten durchgedachte Arbeiterversicherung wie wir. Ihre Leistungen hätten bis 1908 den Betrag von acht Milliarden Mk. überstiegen. Alle Wünsche, insbesondere die vielen Wünsche auf dem Gebiete der Sozialpolitik, zu befriedigen, sei einfach unmöglich. Bei diesem Widerstand und den entgegenstehenden Schwierigkeiten kam eine Erweiterung der Vorlage nicht zustande.

Wie oben schon dargetan, handelt es sich bei der Hinterbliebenen-Versicherung um einen Komplex von Versicherungs- und Unterpensionsmöglichkeiten: zunächst Witwenrente. Diese wird nur der Witwe gegeben, die vor oder nach dem Ableben des versicherten Ehemannes invalide geworden ist. Als invalide gilt die Witwe, die nicht instande ist, durch eine Tätigkeit, die ihren Kräften und Fähigkeiten entspricht und ihr unter billiger Berücksichtigung ihrer Ausbildung und bisherigen Lebensstellung zugemutet werden kann, ein Drittel dessen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Frauen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Tätigkeit durch Arbeit zu verdienen pflegen. Der Beginn der Invalidität unterscheidet sich von jenem der Versicherten selbst nur insoweit, als nicht der bisherige Beruf der Witwe, sondern die bisherige Lebensstellung für die Bemessung des Drittels (nach § 1240) maßgebend ist.

Auch die bisherige Lebensstellung ist mitbestimmend bei der Bemessung von Rente. Es sind vor Eintritt der Invalidität nicht alle Witwen erwerbsfähig gewesen. Es gibt glücklicherweise viele Frauen, die nur im Haushalt tätig sind. Für diese kann als Vergleichsmaßstab für die Erwerbsmöglichkeit nicht der bisherige Beruf herangezogen werden, denn sie waren ja in einem solchen nicht tätig. Bei der Witwe eines Tagelöhners wird als Maßstab der Verdienst ein Tagelohnsatz angenommen werden können. Kann die Witwe in der dritten Zeit davon verbüßen, erhält sie die Rente. Handelt es sich um die Witwe eines früher gelehrten Berufes, so wird zu untersuchen sein, ob sie, unter Berücksichtigung der Lebensstellung des verstorbenen Mannes die Tätigkeit einer Köchin, Buchhalterin usw. übernehmen kann; wenn nicht, wird ihr die Witwenrente zu gewähren sein.

Es handelt sich also hier um eine Witweninvalidenrente. Ist die Frau eines Mannes auf Grund einer versicherungspflichtigen Beschäftigung selbst versichert, oder hat sie sich weiterversichert und die Anwartschaft auf die Invalidenversicherung aufrechterhalten, so erhält sie im Falle der Invalidität die Invalidenrente. Diese ist immer höher als die Witwenrente. Damit aber die selbstversicherte Frau nicht benachteiligt werde, bekommt sie beim Tode ihres Mannes, auch dann, wenn sie nicht invalide ist, Witwenrente. Dieses bezieht sich auf eine einmündigen Person in Höhe

des zwölffachen Betrages der berechneten Witwenrente. Sind Kinder vorhanden, so wird beim Tode des Mannes einer gleichfalls versicherten Frau auch eine Waisenaussteuer im achtfachen Betrage der Waisenrente bezahlt.

Waisenrente erhalten nach dem Tode des versicherten Vaters seine ehelichen Kinder unter 15 Jahren und nach dem Tode einer Versicherten ihre waisenlosen Kinder unter 15 Jahren. Als waisenlos gelten auch uneheliche Kinder.

Nach dem Tode eines Versicherten mit Familie und Kindern unter 15 Jahren wird also vom 1. Januar 1912 ab Waisenrente bezahlt, unabhängig davon, ob die Mutter selbst versichert ist oder nicht, ob sie invalide ist oder nicht. Wird die Mutter invalide, so kommt ihre Rente dazu.

Die Höhe der Rente der Hinterbliebenen richtet sich nach der Lohnklasse, in welcher der verstorbene Vater versichert war, sowie nach der Zahl der geliebten Marken. Als Zuschuß gewährt das Reich 50 Mark für jede Witwenrente, 25 Mark für jede Waisenrente; 50 Mark für jedes Witwengeld, 16 2/3 Mark für jede Waisenaussteuer. Dazu kommt der Grundbetrag der Versicherungsanstalt und die Steigerung nach der Zahl der geliebten Marken. Eine Witwe mit zwei Kindern würde jährlich an Witwen- und Waisenrente erhalten:

	nach 500 Wochen	nach 2000 Wochen
in der I. Lohnklasse	135 Mark	168 Mark
in der V.	176	261
Bei vier Kindern beträgt die Gesamtrente:		
nach 500 Wochen	nach 2000 Wochen	
in der I. Lohnklasse	189 Mark	213 Mark
in der V.	263	329

Es ist der Anfang zu einer Hinterbliebenen-Versicherung gemacht, das ist das Erfreuliche. Die Renten sind ja recht bescheiden; man wird aber in nicht allzu ferner Zukunft mit einer Erhöhung derselben rechnen dürfen. Der Kapitalwert der Belastung des Reiches durch die neue Hinterbliebenen-Versicherung beträgt immerhin die große Summe von drei Milliarden Mark. Die Sozialdemokraten, welche auch diese Versicherung ablehnten, haben eine große Schuld auf sich geladen; sie haben die Hand aufgehoben zum Schläge gegen die Witwen und Waisen. Das wird ihnen unvergessen bleiben.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer des 27. Wochenbeitrag für die Zeit vom 2. bis 8. Juli fällig ist.

Die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 5 Pfg. (Gesamtwochenbeitrag 55 Pfg.) erhält die Zahlstelle Steinau.

In der letzten Zeit haben sich wiederum mehrere Kollegen mit Recht darüber beschwert, daß sie auf schriftliche Anfragen hin von den Lokalverwaltungen keine Antwort bekommen haben. Ein solches Verhalten ist seitens der betreffenden Lokalverwaltungen nicht nur unhöflich und unkollegial, sondern erschwert auch vielfach im Verbands die Agitation. Wenn man das in einem Schreiben Gewünschte nicht erfüllen kann, so kann man wenigstens eine Antwort geben. Das können insbesondere die bei der Agitation im Vordergrund stehenden Kollegen doch wohl verlangen.

Verloren gegangen ist das Mitgliedsbuch Nr. 53 880 auf den Namen Franz Nowakowski. Das Buch wird hiermit für ungültig erklärt.

Lohnbewegung.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionschluß einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Der Zugang ist fernzuhalten von

- Schreibern und Maschinenarbeitern: Blegitz; Worms; Fulda, Münster i. W., Stolberg Rhld., Kaufbeuren, Wolfenbüttel, Winterthur (Schweiz), Weidenrich, Sterkrade, Mülheim Ruhr, Cham (Firma Schoyerer).
- Gelandschreiner: Barmen-Elberfeld.
- Büstenmacher: Ritter-Ritterhammer (Wodt & Co.).
- Büstenarbeiter: Bonn (Rühlings).
- Berftarbeiter aller Berufe: Danzig und Elbing (Schichau).

Streik bei der Firma Schoyerer A. Postlieferant in Cham. Samstag, den 1. Juli lief hier der 1907 abgeschlossene Vertrag ab und am gleichen Tage sind die hiesigen Kollegen in den Streik getreten. Acht Wochen lang hat Schoyerer mit „seinen“ Arbeitern verhandelt und debattiert, jede Berührung mit Außenstehenden, also Verbandsvertretern, hat er peinlich vermieden und das Resultat ist nun der Streik. Herr Schoyerer hat sich die Verhandlung leicht, sehr leicht gedacht. Ein Mann bekommt 3, die Hälfte 2 und was übrig bleibt 1 Pfg. oder auch nichts als Lohnerhöhung. Des Mindestlohn darf nicht über 35 Pfg. für 20-jährige Kollegen betragen. Im übrigen verstand es aber Herr Schoyerer sehr gut, andere Verträge, soweit sie nicht gerade günstige Bestimmungen haben, abzuschreiben, und sie als Muster den Gehilfen vorzulegen. Die Firma geht noch mit der alten Zeit und konnte es nicht glauben, daß die Arbeiter von ihrem Recht des Streiks Gebrauch machen würden. Auch die weitere Hoffnung auf Zugang von außen ist trügerisch, denn es ist ausgeschlossen, daß nach Cham Streikbrecher laufen. Die Situation steht für die Gehilfen gut.

Bonn-Lengsdorf. Mit der Küchenmöbelfabrik von Mandl und Mendel in Lengsdorf wurde nach mehreren Verhandlungen ein bis zum 1. Mai 1912 geltender Akkordtarif abgeschlossen. Ungefähr die Hälfte der Akkordpreise wurden erhöht, wenn auch zu einem Teile in nur geringem Maße.

Vorziehen einzelner Teile von Anfang an wird ein 10%iger Zuschlag gezahlt, bei Anfertigung in Eichenholz 15% vergütet. Für Ueberstunden werden 10 Pfg. für ständige Ueberarbeit 20 Pfg. pro Stunde gezahlt. Die Löhne der Maschinenarbeiter wurden entsprechend erhöht. Der gelassenen Organisation und dem einmütigen Zusammenhalten der Kollegen ist dieser Erfolg zu verdanken.

Berichte aus den Zahlstellen.

Konstanz. Am Sonntag, den 25. Juni fand in Konstanz die Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse statt. Die Liste der christlichen Arbeiter erhielt 1214 Stimmen, die der Sozialisten 1182. Da Verhältniswahl ist, erhalten wir 41, die Sozialisten 40 Vertreter. Im Jahre 1908 erhielten wir 969 Stimmen, die Genossen 716. Wir eroberten damit zum ersten Male die Vertreterstellen zur Ortskrankenkasse. Was die Genossen, die die Macht hatten, in ihrer Unduldsamkeit nicht taten, geschah nun durch unsere Kollegen: sie führten die Verhältniswahl durch. Gegenüber der Wahl vor drei Jahren haben die Genossen eine größere Stimmzunahme wie wir. Dies kommt daher, daß die evangelische Arbeitervereine und der Arbeiterfortbildungsverein die Kandidaten der Sozialdemokratie unterstützten, für sie von den Genossen wohl recht bald wieder kräftige Fußstapfen erhalten werden. Im evangelischen Arbeitervereinslager Baden scheint man blind zu sein. Es ist sonst kaum zu verstehen, wie ein evangelischer Arbeiterverein die Vertreter der sozialdemokratischen Sozialdemokratie unterstützen kann. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei hat sich bei diesem Wahlkampf nicht geschlagen. Der Verleumdungsflug der Sozialdemokratie ist ihr nicht gelungen. Auch das wilde Gebärden der Genossen in den Wahllokalen half ihnen nichts. Mit Begeisterung stellten eine große Zahl unserer Anhänger zur Verfügung und versetzten dem Rechte und der Wahrheit zum Siege. Nunmehr gilt mit aller Kraft unsere christlichen Gewerkschaften in Konstanz zu stärken und zu fördern.

Baden i. B. In unserer nächsten Quartalsversammlung am 16. Juli wird ein auswärtiger Referent anwesend sein. Es ist zu hoffen, daß dann alle Kollegen in der Versammlung erscheinen. Ein Hauptpunkt der Tagesordnung ist die Erhöhung des Lokalbeitrages.

Gewerkschaftliches.

Ueber die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften in den letzten Jahrzehnt bringt das Zentralblatt einige Zusammenfassungen, die so recht die Fortschritte der Bewegung in dieser Zeit erkennen lassen. Danach betrug die Mitgliederzahl am Jahresabschluss 1901-84 497, 1902-84 667, 1903-91 440, 1904-89 17, 1905-191 690, 1906-260 040, 1907-284 649, 1908-307 67, 1909-280 061, 1910-316 115. Nur einmal während dieser Zeit, im Jahre 1908, trat ein Rückgang in der Mitgliederzahl ein, der auf die Wirtschaftskrise zurückzuführen ist. Sonst ist eine ständige Zunahme um insgesamt 274% zu verzeichnen. Noch befriedigender als die Mitgliederentwicklung haben sich in den letzten Jahren die Kassenverhältnisse der christlichen Gewerkschaften gestaltet. In diesen Jahren eine stete Steigerung zu beobachten, was aus folgenden Zahlen hervorgeht.

Table with 6 columns: Jahr, Einnahme, Ausgabe, Vermögen. Rows for years 1906-1910.

Das im Jahre 1901 vorhandene Vermögen hat sich bis Ende 1910 um das Dreifache vermehrt.

Erheblich gestiegen sind selbstredend auch die verausgabten Unterstützungssummen. Während in den ersten Jahren nach Gründung unserer Gewerkschaften die Beiträge noch recht niedrig und die Unterstühtungsrichtungen noch recht mangelhaft waren, ist im letzten Jahrzehnt ein besserer Ausbau der Unterstühtungsrichtungen erfolgt. Das kommt denn auch den ausgezahlten Summen deutlich zum Ausdruck. Es wurden Unterstühtungen ausgezahlt:

Table with 6 columns: Jahr, Zul., Streik u. Nachbeg., Sonst. Rows for years 1906-1910.

Das sind über 10 Millionen Mark, die an Unterstühtungen verausgabt worden sind.

Der christliche Textilarbeiterverband hat im ersten Quartal dieses Jahres wiederum eine erhebliche Mitgliederzunahme verzeichnen. Die Zunahme beträgt 4109. Davon entfallen auf den Bezirk Krefeld 521, M.-Glabbad 710, Aachen 10, Barmen 196, Bocholt 648, Münster 370, Hannover 1, Schlesien 29, Sachsen-Thüringen 251, Bayern 77, Baden 9, Straßburg 33 und Mühlhausen i. Gf. 131. Die Gesamtmitgliederzahl des Verbandes betrug am 1. April 44 429, der Kassenbestand 731 901,87 Mk.

Der Zentralverband christlicher Maler und verwandter Berufe konnte in diesen Tagen sein 10jähriges Bestehen feiern. Einem Rückblick, den aus diesem Anlaß der deutsche Maler auf die bisherige Verbandstätigkeit wirft, ist zu entnehmen, wie trotz aller Hindernisse der Verband zu einer festen Stütze für die christlich gesinnten Maler geworden ist. Eine der größten Schwierigkeiten war der Mangel an Mitteln, hervorgerufen durch die anfänglich nur geringe Opferwilligkeit der christlichen Arbeiter. Hier galt es zunächst die Beziehungen zu den christlichen Malerverbänden zu klären, die sie gelungen, er brachte seinen Mitgliedern die Erkenntnis, daß nur dem Stande zu helfen ist, dessen Glieder sich selbst helfen wollen und dieses neben dem persönlichen Opfer ihrer Tätigkeit auch durch Aufbringung angemessener Mittel

bekunden. Von Stufe zu Stufe ist der anfänglich 10 Pfg. im Winter und 20 Pfg. im Sommer betragende Beitrag gestiegen. Zahlen doch zur Zeit selbst die Junggehilfen 30 Pfg. regulären Beitrag, und beträgt der Pflichtbeitrag für die sonstigen Mitglieder — abgesehen von wenigen, durch besondere Verhältnisse bedingten Ausnahmen — 25 Pfg. für die vier Winter-, und 60 Pfg. für die acht Sommermonate. Diese Beiträge haben sich für die Mitglieder des Malerverbandes reichlich gelohnt. Die Lohn- und Tarifbewegungen 1907 brachten für zirka 2000 Verbandsmitglieder an Lohn-erhöhung rund 160 000 Mark. 1908 waren rund 50 000 Mark das Ergebnis weiterer Bemühungen. Selbst in der Periode des wirtschaftlichen Niederganges 1909 kamen zirka 45 000 Mark hinzu. Der Abschluß des Reichstarifes anfangs 1910 brachte für 2700 Mitglieder rund 180 000 Mark an Lohn-erhöhung, so daß nur einmal gerechnet zirka 435 000 Mark an Mehrlohn allein in den letzten vier Jahren den Mitgliedern des christlichen Malerverbandes zufließen.

Die dringende Notwendigkeit der christl. Gewerkschaften beweisen zurzeit einmal wieder die österreichischen Holzgenossen. In Graz (Steyermark), haben es die roten Holzarbeiter darauf abgesehen, die dortige Zahlstelle des christlichen Verbandes durch den schärfsten Druck auf die Arbeitgeber zu vernichten. Ueberall, wo christliche Schreiner oder Maschinenarbeiter beschäftigt sind, wird der Arbeitgeber aufgefordert, sie zu entlassen und kommt er diesem Verlangen nicht sofort nach, wird die Arbeit niedergelegt.

In gleich gemeiner Weise wie in Graz gehen auch die Genossen in Urfahr bei Linz a. D. vor. Wegen eines zugereisten Kollegen, der seit 7 Jahren Mitglied unseres Verbandes ist, legten bei der Firma Kreun & Wallech 15 rot-organisierte Schreiner die Arbeit nieder. Dazu sagte die rote Zahlstelle den Beschluß, daß erstens bei dem Arbeitgeber niemand in Arbeit treten dürfe, der nicht mindestens 3 Mon. dem roten Verbands angehört und daß zweitens bei dem Arbeitgeber kein christlich-organisierter Arbeiter aus Deutschland eingestellt werden dürfe.

Wie man sieht, ist das Resultat der sozialdemokratischen Erziehung in allen Ländern gleich und zeichnet sich überall durch größte Unduldsamkeit und Rücksichtslosigkeit gegenüber Andersdenkenden aus. Dort wo die „Genossen“ sich in der Minorität befinden, schreien sie beständig nach Gleichwertung aller Menschen, dort aber, wo sie sich stark genug fühlen, pfeifen sie selbst auf diese Gleichwertung.

Besser wie es die „Genossen“ in Oesterreich tun, kann wohl kaum jemand den christlichen Arbeitern die Notwendigkeit starker christlicher Gewerkschaften vor Augen führen.

Soziale Rundschau.

Die Genossenschaftsfabrik in Kaldentirchen (Zigarrenfabrik) konnte im Monat Juni auf ihr 10jähriges Bestehen zurückblicken. Begründet wurde die Genossenschaft aus Anlaß der großen Tabakarbeiter-Ausperrung am Niederrhein im Jahre 1901. Die Ausperrung war für den damals kaum ins Leben getretenen christlichen Tabak- und Zigarrenarbeiterverband eine ernste Feuerprobe. Während der mehrmonatlichen Dauer der Ausperrung trat die Genossenschaftsfabrik ins Leben. Sie hatte im Anfang, wie jedes junge Unternehmen, gewaltige Hindernisse zu überwinden. In besonderem Maße verdient gemacht hat sich um den Fortbestand und die überaus günstige Entwicklung Herr Pastor Limberg, der dem Unternehmen manches graue Haar zu verdanken haben dürfte. Daneben hat sich sowohl die kaufmännische wie die geschäftliche Leitung, sowie auch die Arbeiterschaft nach bestem Können bemüht, dem Werke voranzuhelfen, so daß die Fabrik heute ein mit allen Bedürfnissen ausgestattetes eigenes Heim besitzt, welches einen Wert von rund 30 000 Mark darstellt. Im Jahre 1910 betrug der Umsatz an Waren rund 160 000 Mk.

Der Verband der kath. Arbeitervereine Westdeutschlands zählte Ende 1910 961 Vereine mit 171 302 Mitgliedern. Das bedeutet für das Jahr 1910 eine Steigerung von 68 Vereinen und 12 302 Mitgliedern. Auf die einzelnen Diözesanverbände entfallen folgende Zahlen: Köln: 318 Vereine mit 67 968 Mitgliedern; Münster: 188 Vereine mit 40 862 Mitgliedern; Paderborn: 227 Vereine mit 34 813 Mitgliedern; Fulda: 53 Vereine mit 3622 Mitgliedern; Hildesheim: 25 Vereine mit 3507 Mitgliedern; Limburg: 50 Vereine mit 3622 Mitgliedern; Mainz (nach den vorjährigen Angaben): 13 048 Mitglieder. In den meisten Vereinen ist das Vertrauensmännersystem durchgeführt und sind insgesamt 9524 Vertrauensmänner im Dienste der Vereine tätig. Die Auflage der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ stieg von April 1910 bis April 1911 um 22 424 Exemplare. Zur Zeit wird die Zeitung in 137 210 Exemplaren verbreitet.

Ueber die „Entrechtung“ der Arbeiter durch die Reichsversicherungsordnung schreibt ein Parlamentarier der „Kölnischen Volkszeitung“ (Nr. 491.)

„Gerade in dem Punkte, der eine „Entrechtung“ der Arbeiter sein soll, bezüglich der Neuordnung der Beamtenverhältnisse in den Krankenkassen, hat die Sozialdemokratie sich heimlich zurückziehen müssen. Zur Einföhrungsgesetz sind noch in letzter Stunde Bestimmungen eingefügt worden, welche die neuen Vorschriften über die Krankenkassenbeamten sofort in Kraft setzen, um dem etwaigen Bestreben der Kassenvorstände vorzubeugen, diese Bestimmungen zu umgehen. Wegen der diesbezüglichen Anträge verlangten die Sozialdemokraten erneute Kommissionsberatung. Das ist ihnen gewährt worden. Aber in der Kommission haben sie schließlich ohne erheblichen Widerspruch die Anträge passieren lassen, weil eben das von der Regierung vorgelegte Material so erdrückend war und so beschämend für bestimmte Kassenleitungen, daß ein sozialdemokratischer Abgeordneter sich zu dem Ausspruch verließ: es gehöre eine ganz gemeine niederträchtige Gesinnung dazu, um solche Manipulationen durchzuführen, wie sie die Vertreter der Regierung gekennzeichnet haben. Es ist eben manches faul in den gegenwärtigen Krankenkassenleitungen. Die Bemühungen der Krankenkassenvorstände, das finanzielle

Interesse ihrer Beamten gegen eventuelle Bestimmungen der neuen Dienstordnung zu schützen, sprechen Bände. Die Berliner Krankenkasse der Kaufleute, an deren Spitze ein Hr. Sohn steht, ein Mann, der von Anfang an in der Deutschen Krankenkassenzentrale eine führende Rolle spielte, hat Verträge abgeschlossen, wonach den Beamten, welche durch die Dienstordnung aus ihrem Beamtenverhältnis ausscheiden, 25 Prozent derjenigen Summe als Abfindung gezahlt werden sollte, welche sie insgesamt während ihrer Dienstzeit von der Krankenkasse an Gehalt bezogen haben, d. h. ein Beamter, der 20 Jahre lang zu einem Gehalt von 4000 Mk. an einer Kasse beschäftigt war, würde bei seiner Entlassung 20 000 Mk. Abfindung erhalten. Dieses Bestreben, das eigene Interesse sicherzustellen, steht so sehr im Widerspruch mit den Ideen der Arbeiterbewegung, daß auch die Sozialdemokraten diese Verträge scharf verurteilten und schließlich die ganzen Bestimmungen ohne Schwierigkeiten passieren ließen. Damit ist dem Entrüstungsrummel über die angebliche Entrechtung der Arbeiter der Boden entzogen. Auch sozialdemokratische Arbeiter werden Verständnis dafür haben, daß man mit ihren sauer verdienten Groschen einen solchen Unfug nicht treiben darf. Dabei ist es nebensächlich, ob die Krankenkassen, die solche Verträge geschlossen oder beabsichtigt haben, Vorstände haben, in denen Sozialdemokraten oder andere die Mehrheit haben; die Mißstände im allgemeinen sollen und werden getroffen werden.“

Unfallgefahren an den Holzbearbeitungsmaschinen. Die im soziald. Holzarbeiterverband organisierten Maschinenarbeiter Berlins haben eine Statistik über die Unfallgefahr in den Berliner Holzbearbeitungsmaschinen aufgenommen. 902 Fragebogen wurden beantwortet, davon 858 von ständigen Maschinenarbeitern. Von diesen hatten 706 schon ein- oder mehrere Male einen Unfall an der Maschine erlitten; insgesamt aber 2180 Unfälle; 238 Arbeiter hatten je mehr als sechs Unfälle erlitten. Die meisten Unfälle, 1102, waren an der Fräse passiert; an der Abrieche 184 und an der Kreisäge 124. In Betrieben wo keine Staubabsaugung vorhanden war, arbeiteten 317 Arbeiter; in Betrieben mit teilweiser Staubabsaugung 541. In 9 Betrieben war die Staubabsaugung völlig unbrauchbar; in 3 Betrieben wurde die vorhandene nicht benutzt.

Nutze die Zeit! denkt der Vorstand der sozialdemokratisch geleiteten Münchener Ortskrankenkasse. Bevor die Alleinherrschaft der Genossen in dieser Kasse gebrochen wird, beabsichtigen sich die Herren noch ein Denkmal zu setzen, durch die Erbauung eines Verwaltungsgebäudes, mit anschließenden Gebäulichkeiten für die Büroräume der soziald. Gewerkschaften Münchens. Die ganze Geschichte soll Millionen kosten. Daß der Münchener Ortskrankenkasse an dem gesetzlichen Reservefond noch über eine Million Mark fehlt, geniert die „Genossen“ nicht im geringsten. Die Hauptsache ist, daß sie dem zukünftigen Verwaltungskörper, der in seiner Zusammenfassung ein anderer sein wird, möglichst große Schwierigkeiten bereitet werden.

„Freiheit“ und „Solidarität“. Beide sind Bünde der roten Radfahrer. Trotz der programmatischen Brüderlichkeit können sich beide gegenseitig nicht ausstehen. Jüngst hatte die „Freiheit“ Bundesstag. Aus diesem Anlaß schrieb der soziald. Reichstagsabgeordnete Eichhorn der Zeitung der Freiheit einen Brief, der auf eine Verschmelzung mit der Solidarität hinwies. Auf dem Bundesstag wurde in der Debatte betont (wir zitieren nach dem Bericht des „Vorwärts“), daß der entgegenkommende Ton des Eichhorn'schen Schreibens im kraassen Gegensatz stände zu dem Inhalt des Leitartikels des Organs „Solidarität“ vom 1. Juni. Daraus und aus den provozierenden Zwischenrufen der als Gäste anwesenden Mitglieder von „Solidarität“, die von den Delegierten als fortgesetzte Herabsetzungen und Kränkungen ihrer parteigenösslichen Ehre empfunden wurden, schlossen die Vertreter der Vereine, daß für eine Verschmelzung noch nicht der nötige Ernst vorhanden sei. Obwohl von hiesigen Vertretern von „Freiheit“ der Notwendigkeit einer Einigung das Wort geredet wurde, gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die Delegierten des diesjährigen Bundesstages des Arbeiter-Radsfahrerbundes „Freiheit“ sehen keine Veranlassung, zwecks Verschmelzung mit dem Bunde „Solidarität“ in Verhandlungen zu treten, da sich das Benehmen der Leiter desselben nicht geändert hat und sich auch ferner keine Gewähr bietet, daß solches in Zukunft geschehen wird, und weil wir die Selbstständigkeit der Vereine unseres Bundes sowie das Weiterbestehen des Arbeiter-Radsfahrerbundes „Freiheit“ vorläufig nicht aufgeben wollen.“

Auf diesen Bericht hin meldeten sich im „Vorwärts“ die beiden bei der „Freiheit“-Tagung anwesend gewesene Vertreter der „Solidarität“ mit folgender Erklärung:

In dem Verhandlungsbericht heißt es: „Aus den provozierenden Zwischenrufen der als Gäste anwesenden Mitglieder von „Solidarität“, die von den Delegierten als fortgesetzte Herabsetzungen und Kränkungen ihrer parteigenösslichen Ehre empfunden wurden, schlossen die Vertreter der Vereine, daß für eine Verschmelzung noch nicht der nötige Ernst vorhanden sei.“ Demgegenüber sei festgestellt: Anschließend an das Schreiben, welches Genosse Eichhorn an den Bundesvorsitzenden Liehr richtete, führte letzterer mündlich aus:

„Der Arbeiter-Radsfahrerbund „Solidarität“ versucht es jetzt auf Umwegen, Verschmelzungsverhandlungen einzuleiten und hat sich zu diesem Zweck hinter dem Reichstagsabgeordneten Eichhorn versteckt. Sie brauchen Mitglieder, Geld und Konsumenten für ihr Fahrradhaus „Freiheit“. Da sitzen (auf die beiden Unterzeichneten zeigend) zwei solche Leutegeier und Hyänen, welche unser Vermögen gern einheimsen möchten.“

Darauf erfolgten von uns die Zwischenrufe „Beweise“. Daß wir mit solchen Zwischenrufen Parteigenossen provozieren könnten oder wollten, lag uns vollständig fern. Wir haben dabei nur unser gutes Recht vertreten und ist uns hierfür Liehr bis heute noch den Beweis schuldig. Bereits am Schluß des Bundesstages machte Herr Liehr, wiederum zu uns gewendet, die Bemerkung: „Macht, daß Ihr herauskommt!“ Aus der Mitte der Delegierten fielen die Zwischenrufe „Schämt Euch“. Wir weisen in dem Satz durch Entstellung und Verdrehung der Tatsachen gemachten Anwürfe zurück.

A. Petruschke. Rich. Karraß. Um die Antwort waren die „Freiheitlichen“ nicht verlegen. (Vorwärts, 14. Juni):

Wir behaupten sehr, daß die Sportgenossen P. und R. (Mitglieder des Bundes „Solidarität“) zu einer derartigen Beteiligung im „Berliner“ das Wort ergreifen haben. Nachdem dieses aber geschehen, halte ich mich für verpflichtet, zur Wahrheit jener Worte einige Erklärungen abgeben zu müssen.

Genosse Riehr hatte in seinem Schlußworte nochmals die Einigungsbestrebungen gestreift und dabei hervorgehoben, daß der Bund „Solidarität“ sich noch im Kartell deutsch-österreichischer Rad- und Motorfahrer befindet, an dessen Spitze sich Pringen und Fürsten befinden und dessen leitende Personen als Hauptstützen des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie fungieren und im Zusammenhang seiner weiteren Ausführungen die Worte gebraucht, sie sollten sich als klassenbewußte Arbeiter aus diesem Kartell hinausheben.“

Die ganze Geschichte riecht sehr stark nach der bekannnten sozialdemokratischen Solidarität und Freiheit.

Aus Arbeitgeberkreisen.

Die bayerischen Holzinteressenten erstreben eine einheitliche Organisation. Der erste Schritt dazu geschah in einer Kunstgewerbeausstellung in München abgehaltenen Hauptversammlung des Vereins bayerischer Holzinteressenten, die vom Vorsitzenden Bettmann-Münchberg geleitet wurde und in der auch Abg. Dr. Benner-Düffelbart als Vertreter des Zentralverbandes von Vereinen deutscher Holzinteressenten anwesend war. Es wurde eine Satzungsänderung angenommen, die den oben erwähnten Zusammenschluß der Vereine ermöglicht.

Der Verband sächsischer Korbmachermmeister hielt am 18. Juni in Freiberg seine 6. Generalversammlung ab. Der Verband besteht zurzeit aus 7 Jurungen mit 236 Mitgliedern, 4 Ortsgruppen mit 16 Mitgliedern und 66 Ortsgruppen mit je einem Mitglied, insgesamt 348 Mitgliedern. Das Verbandsvermögen beträgt 205,12 Mk. Als ein großer Mangelstand für das Korbmachergewerbe wurde der fehlende Holzschlag bezeichnet. So betrage z. B. der Holz für Kinderwagen für die Einfuhr nach Deutschland nur 2,50 bis 3 Mk., während das Ausland in diesem Export durch einen Auslandszoll von 20 bis 50 Mark gehemmt sei.

Der Verband badischer Schreinermeister hielt am 18. Juni in Bühl seinen 4. Verbandstag ab. Derselbe beschloß den Zusammenschluß der drei Verbände Baden, Bayern und Württemberg. Ueber die Anstellung eines Verbandsfreireisenden und die Aufbringung der Mittel dazu soll eine Kommission später entscheiden. Inbezug auf den Anschluß an den Arbeitgeber-Verein für das Holzgewerbe wurde beschlossen, vorläufig davon Abstand zu nehmen. Die Verbandsleitung wird jedoch beauftragt, mit denjenigen badischen Städten Fühlung zu nehmen, in denen im nächsten Jahre Lohnbewegungen zu erwarten sind.

Aus dem gewerblichen Leben.

Deutschlands Musikinstrumenten-Ausfuhr und -Einfuhr im Jahre 1910. Die Ausfuhr Deutschlands in Musikinstrumenten im Jahre 1910 weist gegenüber dem Vorjahre eine ganz bedeutende Zunahme auf. Sie betrug 62 527 Millionen Mark, gegen 55 237 Millionen Mark im Jahre 1909. Rechnet man hierzu noch die Exportmaschinen, deren Ausfuhrwert von 59 52 Millionen Mark im Jahre 1909 auf 79 56 Millionen Mark im Jahre 1910 wies, so ergibt sich für 1910 in Musikinstrumenten und Exportmaschinen einen Gesamtausfuhrwert von 70 483 Millionen Mark gegen 61 219 Millionen Mark im Jahre 1909. Ganz besonders ins Gewicht fällt die Zunahme bei den Klavieren, deren Ausfuhr im Jahre 1909 nur 133 279 kg im Werte von 33 274 Millionen Mark, im Jahre 1910 dagegen 150 312 kg im Werte von 37 750 Mark betrug. Das bedeutet gegen das Vorjahr eine Zunahme von 4 476 Millionen Mark. Die Statistik gibt diesmal auch die Stückzahl der im Jahre 1910 ausgefuhrten Klaviere an. Davon waren es 63 016 Klaviere, im Vergleich mit 58 000 im Jahre 1909.

Die Einfuhr von Musikinstrumenten aller Art im Jahre 1910 betrug sich auf 3 774 Millionen Mark, gegen 3 445 Millionen Mark im Jahre 1909, und unter Hauptrechnung der Exportmaschinen — deren Einfuhr von 1,3 Millionen Mark im Jahre 1909 auf 4,07 Millionen Mark im Jahre 1910 wies — auf insgesamt 4 181 Millionen Mark im Jahre 1910 gegen 3 525 Millionen Mark im Jahre 1909. Unter den eingefuhrten Instrumenten befanden sich 456 Zungenorgeln, 20 Klaviere, 150 515 Geigen, 935 Fagotten. Gegenüber dem Vorjahr ist die Einfuhr von Klavieren und Harmonikas zurückgegangen, während die Einfuhr im allgemeinen zunahm. Gegenüber der gewöhnlichen Erzeugung der Ausfuhr fällt sie jedoch kaum ins Gewicht.

Preis-Anstiege. Vorstand und Gesellenaußschuß der Berliner Tischlerinnung erließen ein Preisanschreiben zur Erlangung von Entwürfen für preiswerte, zweckmäßige und

geschmackvolle Wohnungsbezeichnungen für Arbeiterfamilien. An dem Wettbewerb dürfen nur in Berlin ansässige Personen teilnehmen. Drei Preise von 500, 300 und 200 Mk. sind für die besten Entwürfe ausgesetzt. Die Einrichtung muß für eine Familie mit 5 Köpfen berechnet sein und darf bei Stube und Küche nicht mehr als 500 Mk., bei zwei Stuben und Küche nicht über 800 Mk. kosten. Stil und Holzart sind nicht vorgeschrieben. Die Einrichtung soll jedoch einen geschmackvollen und wohnlichen Eindruck machen und muß jeder einzelne Gegenstand einwandfrei gearbeitet sein.

Preiserhöhungen in der Kellereindustrie. Die einflussreichsten deutschen Kellereifabriken haben sich vor einiger Zeit zu einer Preiskonvention zusammengeschlossen und eine Preiserhöhung von 10 pr. Ct. für sämtliche Fabrikate der Kellereifabrikation festgesetzt. Dieser Beschluß ist der Kundschaft im In- und Auslande mitgeteilt worden. Die Abnehmer der deutschen Kellereifabrikation, auch diejenigen im Auslande, haben die von den Fabriken festgesetzte zehnprozentige Preiserhöhung anstandslos bewilligt.

Der Geschäftsgang im Holzgewerbe befindet sich, wie eine Zeitungs-Korrespondenz meldet, noch keineswegs in einem durchgreifenden Aufschwung. Die Unternehmungslust ist im Holzgewerbe noch auffallend mäßig. Daran deutet schon die schwache Kapitalanlage in holzindustriellen Werten hin. Es wurden in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe in den Monaten Januar bis April ds. Js. nicht mehr als 4,20 Millionen Mark neu investiert. Im Vorjahre waren es schon 4,85 Millionen gewesen. Im Jahre 1909 waren es 4,07 Millionen Mark. In den Jahren 1908 und 1907 aber hatten die ersten vier Monate Kapitalansprüche in Höhe von 8,15 und 6,94 Millionen Mark gebracht. Die Mättigkeit der Unternehmungslust würde aber noch nicht so wichtig für die Beurteilung der diesjährigen Entwicklung im Holzgewerbe sein, wenn nicht auch andere Erscheinungen die Beobachtung einer neuerlichen Ermattung bestätigen.

So will sich am Arbeitsmarkt die Aufwärtsbewegung noch immer nicht beschleunigen; der Andrang Arbeitsuchender ist zwar nicht mehr so hoch, wie im Vorjahre, aber in jedem Monat hat die Besserung gegenüber 1910 abgenommen. Im Januar war der Andrang um 70,1 niedriger als im Vorjahre, im Februar betrug die Erleichterung nur noch 34,2 und im März ging sie auf 19,0 zurück. Mit den drei früheren Jahren verglichen, ergibt der diesjährige Andrang genau dasselbe Bild.

Die Arbeitslosigkeit unter den Holzarbeitern geht sogar wieder über die vorjährige hinaus, nachdem sie damals kräftig gesunken war. Wohl ist der Vorprung gegenüber 1910 nicht mehr so stark, wie zu Jahresanfang, doch ist die Prozentziffer der Arbeitslosen immer noch höher, als in den Jahren 1906, 1907 und 1910. (Im Zentralverband der christlichen Holzarbeiter ist jedoch eine merkliche Abnahme der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen.)

Noch ein anderes Moment läßt darauf schließen, daß die Verarbeitung von Holz nicht so befriedigend ist, wie es erwartet worden war. Uebereinstimmend mit den Berichten von den verschiedenen Rohholzmärkten, zeigt das Angebot von Bau- und Nutzholz im laufenden Jahre eine stark anstrengende Richtung, während die Nachfrage keine besondere Lebhaftigkeit verrät. Auch der Absatz im Baumgewerbe läßt sogar teilweise zu wünschen übrig.

Befestigt wird die Behauptung eines stark wachsenden Angebotes durch die Bewegung der ausländischen Zufuhren, die im laufenden Jahre erheblich über die des Vorjahres hinausgehen. Die Einfuhr von Bau- und Nutzholz betrug in den ersten vier Monaten dieses Jahres insgesamt 13,54 Millionen Doppelzentner gegen 13,18 Millionen im vergangenem Jahre. Bornehmlich hat die Einfuhr von un bearbeitetem oder lediglich quer bearbeitetem Nadelholz zugenommen, sie ging von 5 913 482 auf 6 312 642 Doppelzentner hinauf. Kennenswert gefällig ist noch die Einfuhr von un bearbeitetem Eichenholz, Buchen- und anderem harten Holz, Kirschbaumholz, weichem Bombholz und Bau- und Nutzholz für Grenzbevölkerung. Dem stehen nur wenige merkliche Abnahmen gegenüber.

Fachliche Notizen.

Arbeiten an wurmfressigen Holzwerk.

Wurmfressige Holzarbeiten sind nicht notwendigerweise immer auch alt. Wenn auch freilich in der Mehrzahl der Fälle es gerade die altersschwächigen Stücke sind, die vom Holzwurm angefallen und zerstört werden, so treffen wir ihn nachweisbar doch auch nicht selten schon in jungen Erzeugnissen. Reparaturen an wurmfressigen Holzarbeiten sind daher nicht immer gleichbedeutend mit Restaurieren älterer Stücke. Die Arbeiten der Bekämpfung des Holzwurms sind daher um so wichtiger. Denn wenn es auch

manchen geben mag, der ein altes ausgebleichtes Stück ruhig dem allmählichen Verfall überläßt, so stimmt er doch ganz entgegengesetzt auf Abhilfe, wenn der Holzwurm an noch gar nicht so alte Möbel, Bertafelungen, seinen Laß laut werden läßt. In solchen Fällen wird der Laie, meist nach fruchtlosen privaten Hilfsversuchen, seine Zuflucht zu dem Fachmann nehmen, dem er die letzte, aber sicherste Rettung für das vom Wurm befallene Holz erwartet.

Das Wichtigste, was hier getan werden muß, um den fortschreitenden Verfall zum Stillstand zu bringen, ist die Tötung des Holzwurms. Aber es ist nicht leicht, ihm auf eine bisher üblichen Arten erfolgreich beizukommen. Denn einerseits hat er ein sehr zähes Leben, das bei indirekter Einwirkung unter größter Intensität und Dauer des Verfahrens erstickt. Andererseits aber auch ist er so tief im Holze, daß meist bei Anzahl der vorhandenen Wurmlöcher sein jeweiliger Aufenthalt nur selten mit Bestimmtheit festgestellt werden kann. Wo dies wirklich gelingt, reichen die bisher üblichen Arten Bekämpfung nicht hin, um mit unbedingt zuverlässigem Erfolg damit zu arbeiten. Nur ein gleichzeitiges, das Wurmlöcher greifendes Einbringen in sämtliche Wurmlöcher und ein vollständiges Durchbringen derselben sichert den Erfolg. Darin ergibt sich, daß es ungewöhnlich und wenig ausföhrlich ist, wenn man durch Einträufeln von Spiritus oder Petroleum oder Benzin in die einzelnen Wurmlöcher dem Schädling zu nahe gehen will. Glaubt es, so ist das mehr dem Zufall als sachlichen Prinzip zu verdanken. Meist aber bleibt der Erfolg aus. Man hat dann die Holzarbeiten mit Spiritus, Petroleum und dergleichen oft nicht unerheblich befeuchtet, und muß hinterher doch hören, wie der pochende Holzwurm eifrig vordem am Werke bleibt. Das liegt aber nur daran, weil eingetragene Stoffe die Wurmgänge nicht bis zu Erde hin folgen können. Denn die in den Wurmgängen eingeschlossene Luft wird durch das andrängende flüssige Mittel nicht verdrängt, sondern nur unmerklich komprimiert, und sie hindert also je nach dem Einbringen in die Wurmlöcher. Wehnlich verhält es sich mit jenem Verfahren, das gegen den Holzwurm die Einfüllen heißer Beimtränke besseren Erfolg erhofft. Hier man, daß der erhärtende Leim dem Wurm die Luft abschneidet und ihn so zugrunde gehen läßt. In Wirklichkeit genügt dem zählebigen Holzwurm vorläufig die mit ihm eingeschlossene Luft, um sofort seine Fortbewegung wieder aufzunehmen, sich alsbald wieder freiere Luft- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

Mit flüssigen Stoffen durch die Wurmgänge dem Schädling im Holzwerk nachzujupirschen, ist also so gut wie ausgeschlossen. Erfolgreicher kann vielmehr nur ein Verfahren sein, welches Holzwurm, wenigstens die Wurmgänge, mit giftigen Gasen oder Dämpfen bis zur Sättigung durchdringt. Hier und da sieht man ja auch wohl Versuche in dieser Richtung, aber sie werden ungewöhnlich gehandhabt. Auch eignen sich nicht alle giftigen Dämpfe zur Behandlung fertiger Holzarbeiten. Das gilt beispielsweise von den Salmiakdämpfen. Gewiß vermögen sie, in reichender Stärke angewandt, das Leben des Holzwurms vernichten. Aber ihre Anwendung wird sich doch trotzdem nicht deshalb nicht empfehlen, weil eine dunstende Farbänderung Holzwerks die unvermeidliche und meist unerwünschte Begleiterscheinung. Die oft empfohlenen Benzindämpfe sind für Holzwurm nicht tödlich, für vorliegende Zwecke also wertlos. Dagegen empfiehlt es sich, möglichst starke Schwefeldämpfe das Holz zu schaden. Keine andere Art natürlicher giftiger Dämpfe bringt so gierig durch jeden Stoff, wie diese Schwefeldämpfe. Bei genügender Intensität bringen sie sogar die Holzwerkstücke ganz soliden Bauart, sobald, wenn in dem Raum geschwefelt wird, die bläulichen Schwefelgase sich zum Beispiel in dem durch keine Tür und kein Fenster verbundene Nebenraum unangenehm bemerkbar machen. Die Schwefeldämpfe durchdringen das Holzwerk nicht nur auf dem Wege durch die Wurmgänge, sondern sie erzwingen sich Durchgang selbst zwischen Holzfasern hindurch. Sie erreichen und töten also den Holzwurm mit absoluter Gewißheit. Und merkwürdigerweise für Holzwerke und Polituren pflegen sie nicht mit sich zu bringen.

Die Durchführung des Verfahrens ist höchst einfach. Ein eiserner Pfanne wird Kohlenglut in den Raum gestellt, das schüttet man eine angemessene Schwefelmenge. Fenster und Türen müssen luftdicht verschlossen sein, damit die Schwefeldämpfe keinen Abzug haben. Nach 24 Stunden haben dann die Dämpfe alles organische Leben zerstört. Man giebt Luftdurchzug, und ist aller Schwefelgeruch wieder verschwindet. Wie man sieht, außerordentlich bequem und angenehmes und unbedingt erfolgreiches Verfahren zur Abtötung des Holzwurms.

Notwendigerweise schließen sich hieran einige auf Verfertigung der Holzoberfläche gerichtete Maßnahmen. Zunächst ist jetzt die Wurmlöcher auszufüllen, nicht mehr zum Kampf gegen den Wurm, sondern nur um die Spuren seiner Schädensucht zu tilgen. Vertiefen der Wurmlöcher empfiehlt sich nicht, der Kitt eintrocknet, dabei dann meist locker wird und wieder herausfällt. Das Zweckmäßigste ist hier die Ausfüllung mit Leimtränke, die auch im Hinblick auf meist nachfolgendes Polieren das Zuträglichste ist. Leimüberschuß, der nachher an Oberfläche haftet, läßt sich unschwer beseitigen. Ist dann Holz trocken, so kann man nach Belieben auflackieren, aufpolieren oder aufpolieren.

Adressenveränderungen.

- Ritter. V. R. Emil Fries in Umnau, Post Orbach.
- Kreuznahr. V. R. Th. Thowitte, Schreiner, Kurgartenstraße.
- Goefeld. R. A. August Riemann, Laurentiusstraße 20.
- Schwennungen. V. Josef Schlatterer, Jägerstraße 39.

Wir suchen für unsere Schreiner- und Tischlerarbeiten zum baldigen Einbau noch 2 tüchtige Meister für geschraubte und geg. Kapparbeiten, 1 Schreiner zum Einbau von Gasheizgeräten (Schmelz), 1 Meister für Kapparbeiten. Dazwischen Beschäftigung und guter Lohn garantiert.

Gebrüder Günther, Höhr & Koblenz.

Tischler findet geübte Gesellen für alle Tischlerarbeiten, auch für die Herstellung von Möbeln auf feinsten Möbeln.

Lehmann, Kappeler, & Schepers, Zuberger, Bepfen.

Zwei Kattenschmied jetzt gesucht.

Magarbenner Paul Otto, Bären (Höhr), Kattenschmiedstraße 15.

Breuer's Patent-Schränkeisen D. R. P.

für alle Hand-, Band-, Gatter- und Kreissägen

sind die besten Werkzeuge ihrer Art! sparen viel Zeit, Geld und Verdruß! geben allen Sägen jede gewünschte Schnittweite! schneiden stets gleichmäßig glatten Schnitt! verhindern das Abbrechen und Einreißen der Zähne! schränken Gatter und Kreissägen ohne abzuspinnen! sind von einfacher durchsichtiger Konstruktion! von jedem, selbst von Blinden leicht zu handhaben! immer billig im Preis! mit Garantie! deshalb jedem Fachmann zu empfehlen!

Zu beziehen von **Bernhard Breuer, Gindorf, Niederrh.**



Eingelegte Sournier für Nähstiche, Schatullen u. Füllungen

Musterbogen gegen 20 Fig. in Briefumschlag

Custach, Biller, Marqueter, Heibelberg, Theaterstraße 7.

Tischler-Gesuch.

Einige auf Weichholzmöbel gut eingearbeitete Tischler finden bei gutem Lohn (Kattenschmied) bauende Beschäftigung. Auskunft erteilt Geschäftsstelle d. Bl.